

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Lenkungsgruppe der Interkommunalen Allianz Fränkischer Süden

Sitzungstermin: Dienstag, 05.11.2013
Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Sitzungsende: 17:15 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal Rathaus Giebelstadt

Anwesend waren:

Stimmberechtigt: 1. Bürgermeister

Friedrich, Rainer	Stadt Ochsenfurt
Fries, Edwin	Gemeinde Riedenheim
Gramlich, Edwin	Markt Bütthard
Geßner, Hermann	Markt Gelchsheim
Holzapfel, Anton	Gemeinde Kirchheim
Krämer, Helmut	Markt Giebelstadt
Mühleck, Ludwig	Gemeinde Sonderhofen
Öchsner, Hermann	Gemeinde Tauberrettersheim
Rhein, Bernhard	Gemeinde Gaukönigshofen
Umscheid, Martin	Stadt Röttingen
Volkert, Michael	Gemeinde Bieberehren

Stimmberechtigt: 2. Bürgermeisterin

Tewes, Judith	Markt Reichenberg
---------------	-------------------

Landratsamt Würzburg

Stumpf, Armin

Amt f. Ländl. Entwicklung

Fischer, Raimund

bbv-LandSiedlung

Moninger, Steffen	zu TOP 2
-------------------	----------

Umsetzungsmanager ILEK

Grimm, Sebastian

Fehlend:

Stimmberechtigt: 1. Bürgermeister

Hügelschäffer, Karl	Markt Reichenberg – entschuldigt fehlend
Melber, Robert	Stadt Aub – entschuldigt fehlend
Schäfer, Josef	Gemeinde Geroldshausen – entschuldigt fehlend

Amt f. Ländl. Entwicklung

Bromma, Robert	Entschuldigt fehlend
----------------	----------------------

Inhaltsverzeichnis:

Öffentlich:

- 01 Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 10.09.2013 - beschließend
- 02 Konzept Kernwirtschaftswegenetz;
Vorstellung und Beratung des aktuellen Konzeptstandes - Info und Beratung
- 03 Allianz Internetseite und Printmedien;
Vorstellung des Projektstandes und der Gestaltungsentwürfe - Info und Beratung
- 04 Flächenmanagement und Innenentwicklung;
Vergleich LfU-Datenbank und AKDB-Lösung – Info und Beratung
- 05 Abfrage Standesämter;
Vorstellung der Abfrageergebnisse und Beratung der weiteren Schritte – Info und Beratung
- 06 Bekanntgaben und Anfragen - Info

Nicht öffentlicher Teil

entfällt

Der Sprecher der Allianz, BM Krämer, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit der Lenkungsgruppe der Interkommunalen Allianz Fränkischer Süden fest.

Öffentlich:

TOP 01 Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 10.09.2013 - beschließend

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung der Interkommunalen Allianz Fränkischer Süden vom 10.09.2013 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0

TOP 02 Konzept Kernwirtschaftswegenetz; Vorstellung und Beratung des aktuellen Konzeptstandes - Info und Beratung

Sachvortrag:

BM Krämer begrüßt Herrn Moninger von der bbv-LandSiedlung, der über den aktuellen Stand der Konzepterstellung berichtet.

Herr Moninger erläutert, dass die gesamte Erfassung und Erhebung abgeschlossen und auch der Erläuterungsbericht in der Entwurfsfassung fertiggestellt sei, ebenso das Anlagenverzeichnis. Den Bericht mit allen Karten und sonstigem Material händigt er allen Lenkungsgruppenmitgliedern auf CD aus.

Anschließend fasst er die einzelnen Schritte der Konzepterstellung in Kürze zusammen und beschreibt die Behandlung einzelner Fragestellungen wie der Definition von „Kernwirtschaftsweg“ oder der Erhebung des Wegezustandes.

Der Bericht sowie umfangreiches Kartenmaterial geben dabei Aufschluss über den Zustand der einzelnen Kernwege, den empfohlenen Sanierungszeitraum und die geschätzten anfallenden Kosten.

Um den Bericht abschließen zu können, bittet er die Allianzgemeinden um Durchsicht des Entwurfs und Rückmeldung bis zum 30.11.2013. Diese Stellungnahmen sollen bei einem Termin der Projekt-Steuerungsgruppe Anfang/Mitte Dezember diskutiert und darauf folgend dann das Konzept fertiggestellt werden.

Zur Frage von BM Holzapfel, wie groß die Realisierungschance für die Umsetzung der aufgezeigten Maßnahmenvorschläge durch Bereitstellung von Fördermitteln sei und wie hoch diese ausfallen könnten, antwortet Herr Fischer, dass zwar derzeit noch kein Förderprogramm greifbar sei. Allerdings werde auf Ministeriumsebene darüber diskutiert. Das hier entstehende Konzept wird als Grundlage zur Erstellung eines Förderprogramms gesehen, welches die Sanierung außerhalb des Flurbereinigungsverfahrens unterstützen soll.

Er schätzt, dass die Förderquote sich an andere Programme anlehnt und bei ca. 50% liegen wird.

TOP 03 Allianz Internetseite und Printmedien; Vorstellung des Projektstandes und der Gestaltungsentwürfe - Info und Beratung

Sachvortrag:

Herr Grimm berichtet über den aktuellen Stand des Projektes. Die Stellungnahmen bezüglich des Faltblatt-Entwurfs wurden alle in die aktuelle Version eingearbeitet.

Die anfänglich aufgeführten Projektbeispiele wurden durch allgemeinere Projektthemen ersetzt, welche jedoch die Handlungsfelder aus dem ILEK widerspiegeln sollen.

Um das Faltblatt zur Druckreife abschließen zu können fragt Herr Grimm in die Runde, ob es zum Inhalt oder der Gestaltung noch Änderungsbedarf gibt.

BM Gramlich merkt an, dass die Karte auf der Innenseite in weißer Farbe sehr trist wirkt. Er schlägt vor, die Farben angepasst an das Logo in Gelb- und Grüntönen zu gestalten. Dem wird zugestimmt. Herr Grimm wird den Vorschlag an das Büro Medioton weitergeben.

Zur Frage der Druckauflage zeigt Herr Grimm zwei Varianten auf.

1. Kleinere Auflage: Jede Kommune bekommt eine bestimmte Anzahl an Exemplaren und legt diese in der Verwaltung oder sonstigen Stellen aus.
2. Größere Auflage: In jedes Gemeinde-Mitteilungsblatt wird ein Exemplar beigelegt, so dass alle Haushalte dieses bekommen.

Er erläutert, dass die Kosten pro Exemplar bei höheren Auflagen abnehmen und damit die Mehrkosten relativ gering sind.

Mehrheitlich sprechen sich die Bürgermeister dafür aus, die Faltblätter in die Mitteilungsblätter beizulegen und somit eine größere Auflage in Auftrag zu geben.

Anschließend stellt Herr Grimm den Entwurf der Allianz Internetseite vor. Diese ist wie auch das Faltblatt in den Farben Blau, Weiß und Rot gehalten und zeigt als Hauptfeld auf der Startseite ein „Fenster“ mit der Möglichkeit wechselnder Motive bzw. Themen. Weiterhin findet man den Bereich „Aktuelles & Termine“, in welchem die vier aktuellsten Beiträge angezeigt werden können. Daneben soll ein Willkommenstext Platz finden. Über verschiedene Reiter gelangt man in diverse Untermenüs (Bildschirmanschnitte des Entwurfs befinden sich im Anhang).

Herr Grimm erläutert weiter, dass auch hier das Logo noch präsenter dargestellt werden soll und auch die Schrift des Titels optimiert wird. Die Anregung, die Karte in den Farben des Logos zu gestalten, wird auch hier aufgenommen.

Weitere Anregungen oder Kritik werden nicht geäußert.

Als dritter Teil des Projektes ist eine „Allianzzeitung“ in Planung, welche regelmäßig (drei bis vier Mal im Jahr) veröffentlicht werden und in Ergänzung zur Internetseite die Allianz, abgeschlossene und laufende Projekte sowie bspw. Veranstaltungen als Inhalt haben soll.

TOP 04 Flächenmanagement und Innenentwicklung; Vergleich LfU-Datenbank und AKDB-Lösung – Info und Beratung

Sachvortrag:

Herr Grimm erläutert, dass die VGem Giebelstadt mit der AKDB bezüglich deren Flächenmanagement-Softwarekonzept Kontakt aufgenommen und einen Probevertrag über die Module „FLM“ und „w3EWO“ abgeschlossen hat. Damit ist es für die Mitarbeiterin im Bauamt Giebelstadt möglich, das Angebot ausführlich zu testen und auch mit der LfU-Datenbank zu vergleichen.

Unterstützt hat dabei Herr Thomas aus der Verwaltung in Röttingen, da die Programme hier schon längere Zeit in Gebrauch sind.

Mittels eines Pro/Contra-Vergleichs der AKDB-Lösung und der LfU-Datenbank zeigt Herr Grimm auf, wo die Stärken und Schwächen der beiden Möglichkeiten liegen (s. Anhang).

Als direkter Vergleich wurde die Erfassung für den Giebelstädter Ortsteil Allersheim durchgeführt. Über das LfU-Programm war für die Erfassung inkl. grafischer Darstellung, welche hier einzeln anhand der ermittelten Liste angefertigt werden musste, ein Zeitaufwand von ca. 3,5 bis 4 Stunden nötig. Durch die AKDB-Lösung konnte dies in 1 – 1,5 Stunden geschafft werden, da durch die Verknüpfung der einzelnen Programmelemente viele Schritte automatisch geschehen konnten. Dieser Zeitunterschied würde jedoch umso größer werden, je mehr Gebäude bzw. Einwohner der untersuchte Ort aufweist.

Anschließend stellt Herr Grimm die von der AKDB angegebenen Preise der beiden Module für die einzelnen Kommunen bzw. Verwaltungsgemeinschaften dar (s. Anhang). Da diese abhängig sind von der Einwohnerzahl, kann der tatsächliche Preis etwas variieren.

Auf die Frage, ob dies der Komplettpreis ist oder weitere Kosten entstehen, erwidert Herr Grimm, dass laut Frau Kräuter, AKDB, lediglich noch die Kosten für die Installation und evtl. für die Schulung der Programme hinzukommen. Letztere ließe sich dann auch als ein Termin allianzweit organisieren.

BM Fries merkt an, dass das AKDB-Programm im Falle von Riedenheim kaum Vorteile bringt, da aufgrund der Größe der Gemeinde die Erfassung auch schnell per Hand erledigt werden kann.

Auch BM Holzapfel merkt an, dass Kirchheim sich bereits mit dem Thema befasst und eine Aufstellung im Rahmen der Zukunftswerkstatt angefertigt hat. Es entstehen hier zusätzliche Kosten für etwas, das nicht zwingend notwendig ist.

BM Mühleck sieht die Vorteile des Programms, gibt aber zu bedenken, dass das große Problem darin besteht, an die erfassten Gebäude auch heranzukommen. Denn nach seiner Erfahrung ist es sehr schwer, die Besitzer zu einem Verkauf zu bewegen.

BM Gramlich stimmt dem zu. Allerdings hält er es für dringend notwendig, mit der Erfassung zu beginnen, auch wenn sich Erfolge erst auf längere Sicht einstellen sollten. Die Sensibilisierung der Menschen für das Thema benötige Zeit. Daher wäre es zu spät erst zu beginnen, wenn die Probleme bereits unübersehbar sind. Die anfallenden Kosten seien ein notwendiger kleiner Beitrag für die Lösung eines herannahenden großen Problems.

Auch BM Öchsner stimmt dem zu. Zwar wisse auch er genau, wo in seiner Gemeinde leerstehende Häuser oder Gebäude mit Leerstandsrisiko seien, jedoch könne dies durch das Programm einfach und in kurzer Zeit aufgelistet und dargestellt werden. Damit sei eine personenunabhängige Erfassung und Aktualisierung jederzeit möglich.

Aufgrund des unterschiedlichen Bearbeitungsstandes in den einzelnen Gemeinden, sprechen sich nicht alle BM für einen jetzigen Vertragsabschluss mit der AKDB aus, ohne dies jedoch zukünftig auszuschießen.

Herr Grimm wird mit Frau Kräuter Kontakt aufnehmen und sie bitten, auf die interessierten Gemeinden zuzukommen.

Weiterhin schlägt er vor, parallel zur Erfassung weitere Maßnahmen anzustoßen, beispielsweise eine Art Imagekampagne für das Wohnen bzw. Bauen im Bestand. Zudem möchte er ein Treffen aller Bauamtsmitarbeiter und Mitarbeiter für die Öffentlichkeitsarbeit organisieren, um gemeinsam eine Strategie zu erarbeiten.

Als Beispielprojekte einer Imagekampagne nennt er den „Tag der Innenentwicklung“ im Oberen Wernatal oder „Häuser erzählen Geschichten“ im Grabfeldgau.

Herr Fischer fügt hinzu, dass solche Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit prinzipiell auch förderfähig seien. Dies müsse aber im Einzelfall noch besprochen werden.

Die Runde stimmt den Vorschlägen zu. Die AKDB wird mit den interessierten Gemeinden in Kontakt treten und die Organisation des Treffens der Bauamtsmitarbeiter sowie der Mitarbeiter für die Öffentlichkeitsarbeit soll angegangen werden.

TOP 05 Abfrage Standesämter; Vorstellung der Abfrageergebnisse und Beratung der weiteren Schritte – Info und Beratung

Sachvortrag:

Herr Grimm fasst die Ergebnisse der Standesamts-Abfrage zusammen. Derzeit sind vier Standesbeamte in Vollzeit und neun in Teilzeit tätig, wobei jeweils noch weitere Aufgaben von diesen übernommen werden.

Zur Frage der voraussichtlichen personellen Änderungen in den nächsten fünf Jahren wurden der Ruhestand eines TZ-Mitarbeiters ab Juni 2014 und die Rückkehr einer TZ-Mitarbeiterin aus der Elternzeit genannt. Aus den Angaben lässt sich jedoch schließen, dass gerade im Falle der Urlaubs- oder Krankheitsvertretung Schwierigkeiten auftreten könnten.

Die Anzahl der Fälle unterscheidet sich insgesamt nicht gravierend mit Ausnahme des Standesamts Ochsenfurt & Gaukönigshofen. Die Auswertung mit den genauen Zahlen befindet sich im Anhang.

Anhand der angegebenen Fallzahlen hat Herr Grimm versucht grob zu ermitteln, welchen Zeitaufwand diese insgesamt ergeben. Dazu hat er anhand eines vergleichbaren Beispielprojektes für jeden Fall eine bestimmte Minutenzahl (bspw. 80 Minuten für einen Sterbefall) angenommen, diese mit der Summe der Fallzahlen im Jahr 2012 multipliziert und in Stunden umgerechnet.

Nach diesem Stand würde als Ergebnis herauskommen, dass eine einzelne Vollzeitkraft bei angenommenen 39 h/Woche insgesamt 41 Wochen ausgelastet wäre.

Er ergänzt, dass diese Zahl sicherlich rein theoretisch ist. Jedoch zeigt sie auch, dass Potenzial für eine verstärkte Zusammenarbeit besteht.

Ein weiterer positiver Effekt wäre die gesteigerte Erfahrung der Standesbeamten im Umgang mit komplizierteren Fällen. Diese nehmen besonders viel Zeit in Anspruch, da sich das Personal immer wieder neu in Gesetztestexte hineinfinden muss.

Einsparpotenzial würde eine Zusammenlegung kurz- bis mittelfristig hauptsächlich wohl bei den Kosten für Seminare und Fortbildungen sowie bei Bürobedarf und Räumlichkeiten bieten. Sofern die Standesämter wie bisher besetzt sind, ist mit Personaleinsparungen kurzfristig nicht zu rechnen, da die Mitarbeiter meist in festen Verträgen sind. Allerdings könnte durch Verlagerung der Aufgabenschwerpunkte eine Entlastung der Mitarbeiter erreicht werden.

BM Rhein berichtet von dem Besuch mit Herrn Grimm in der Gemeinde Grafenrheinfeld. Diese hat mit den Gemeinden Gochsheim, Grettstadt, Schwebheim und Sennfeld das gemeinsame Standesamt Mainbogen in Sennfeld gegründet. Hintergrund für das Projekt war die Umstellung auf das digitale Register. Im Ergebnis hat man dort ein Standesamt für alle fünf Gemeinden mit einer Standesbeamtin in Vollzeit sowie drei Standesbeamten in Teilzeit, welche auch noch andere Verwaltungsaufgaben erledigen. Der Standesamtsbezirk umfasst dabei eine Einwohnerzahl von ca. 27.000.

BM Holzapfel berichtet, dass derzeit in seiner Gemeinde aufgrund von Personalausfällen eine interne Vertretung nicht möglich sei und er daher auch die Runde bitten möchte zu prüfen, inwieweit eine Aushilfsleistung möglich wäre.

Weiterhin fragt er in die Runde, welche der anwesenden Kommunen für eine Zusammenlegung im Bereich Standesamt bereit wäre. Für Kirchheim sieht er dies zukünftig als einzige Lösung und zeigt dafür drei mögliche Wege auf. Das wären die Ausgliederung nach Würzburg, Reichenberg oder Giebelstadt.

Auch BM Öchsner und BM Mühleck sehen die Zusammenlegung in größere Einheiten als sinnvoll an. Die Frage sei lediglich, wie dies im Allianzgebiet organisiert und wie es in der Bevölkerung gerechtfertigt werden könnte. BM Volkert stimmt dem zu und sieht die effiziente Bündelung sogar als Pflicht einer interkommunalen Gemeinschaft. Er hält die Zusammenfassung auf zwei Standesämter in Ochsenfurt und Giebelstadt als optimale Lösung.

BM Umscheid sieht eine Zusammenlegung für Röttingen derzeit nicht erforderlich, da aufgrund des gescheiterten Versuchs der kleinen Übertragung durch die VG Aub eine eigene Lösung gefunden wurde. Dennoch hält er die Überlegungen für wichtig. Er schlägt vor, dies auch in den Gemeinderäten zu diskutieren, damit auch dort alle auf gleichem Wissensniveau sind.

Stellv. BM Tewes erklärt, dass man in Reichenberg bezüglich einer Zusammenlegung geteilter Meinung sei, aber Gesprächen gegenüber offen stehe. Es komme jedoch darauf an, wo ein neuer Standort sein könnte.

Herr Stumpf sieht eine geeignete Herangehensweise in der Frage, was überhaupt erreicht werden soll und wie dies geschehen kann. Das Ziel bestehe darin, erstens Kosten zu sparen und zweitens eine effiziente Bürgerbetreuung zu gewährleisten. Dazu sollten die jeweiligen Fallzahlen und die Personalaufstellung detailliert dargestellt sowie die Kostenstruktur für die Standesämter ermittelt werden.

BM Holzapfel greift dies auf und stellt nicht die Kosteneinsparung, sondern die Komplexität und die steigenden Anforderungen als Kern des Problems heraus. Eine kleinere Kommune wie Kirchheim wird die Aufgaben zukünftig wohl nur noch schwerlich erfüllen können. Er bittet Herrn Grimm zu klären, ob es möglich ist, das Standesamt an die Landkreisverwaltung abgeben zu können und stellt nochmal die Frage in die Runde, welche Kommunen bereit für eine Zusammenlegung wären.

Mit Ausnahme von BM Umscheid, der sich dies aus genannten Gründen derzeit nicht vorstellen kann, stimmen alle Anwesenden für die weitere Vertiefung des Themas.

Es wird festgehalten, dass Herr Grimm eine Auflistung zu allen relevanten Fragen erstellt und möglichst detailliert aufzeigt, welche Vor- und Nachteile sowie Kosteneffekte eine Zusammenlegung mit sich bringt. Ebenso soll er Vorschläge für mögliche Zwischenschritte erarbeiten.

TOP 06 Bekanntgaben und Anfragen - Info

Tag der Franken / Tag der Allianzen

BM Krämer bittet BM Friedrich, dass Schreiben der Stadt Ochsenfurt vom 21.10.2013 nochmals kurz zu erläutern, da nicht genau hervorgehe, welches Ziel bei dem Treffen am kommenden Freitag, den 08.11., erreicht werden soll.

BM Friedrich erklärt, dass die Stadt Ochsenfurt im kommenden Jahr Ausrichter der Unterfränkischen Kulturtag und auch des Tages der Franken sein wird.

Im Rahmen dieser Woche ist geplant, einen Tag unter das Motto „Tag der Allianzen“ zu stellen. Dabei können die beiden Interkommunalen Allianzen „Südliches Maindreieck“ und „Fränkischer Süden“ sowohl sich selbst wie auch die beteiligten Kommunen sich präsentieren und damit das Programm dieses einen Tages gestalten. Die Organisation der Veranstaltung übernimmt Frau Falk, Leiterin der VHS Ochsenfurt. Bei dem Treffen am 08.11. sollen dafür erstmals Themen gesammelt werden. Bei einem Gespräch mit dem ALE wurde bereits die Möglichkeit einer Förderung in Höhe von max. 15.000 EUR für diesen Tag in Aussicht gestellt.

Hierfür müssten die Allianzen jedoch ihre Zustimmung bekunden und einen Antrag beim ALE stellen.

BM Umscheid sieht das Ensemble der Festspiele in Röttingen als möglichen Beitrag. Er möchte jedoch zunächst wissen, wie der zeitliche Rahmen und die infrastrukturelle Ausstattung vor Ort aussehen werden. Auch stellt er die Frage nach dem zeitlichen Aufwand der Vorbereitung. Da Frau Lorenz für Röttingen bereits mehr als ausgelastet sei, könne sie sich nicht in großem Maße in der Organisation beteiligen.

BM Fries fragt, wie es mit den entstehenden Einnahmen aussehe. Da auch Vereine angesprochen werden sollen, müssten diese auch irgendwie entschädigt werden. Außerdem sei die Höhe der Kosten noch wichtig zu erfahren.

BM Friedrich erklärt, dass dies zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genau beziffert und dargestellt werden könne, da zunächst eine Tagesplanung aufgestellt werden müsse. Es könne jedoch gut sein, dass dies nicht an nur einem oder zwei Treffen geschehen kann. Neben den möglichen Fördergeldern durch das ALE hat der Bezirk Ufr. ebenfalls 72.000 EUR an Unterstützung zugesagt.

BM Krämer sieht zum derzeitigen Stand eine grundsätzliche Zustimmung, jedoch solle das Programm zunächst noch genauer ausgearbeitet und auch die Kosten aufgestellt werden.

Alle Kommunen, die sich Themen und Ideen für eine Beteiligung haben und bei dem Termin am 08.11. nicht teilnehmen können, sollen Herrn Grimm die Vorschläge senden. Er wird sie dann bei dem Treffen einbringen.

ILE-Netzwerktreffen - Fazit

Herr Grimm berichtet von dem vergangenen ILE-Netzwerktreffen in Bad Königshofen. Dabei hebt er besonders den Punkt hervor, dass es für ILE-Regionen zukünftig notwendig werden könnte, den Verein als Organisationsform zu wählen. Dies werde jedoch derzeit noch beraten.

Diese Überlegungen resultieren laut Herr Fischer daraus, dass sich in der Form eines Vereins Projekte teils einfacher realisieren lassen und auch die Finanzierung teilweise leichter zu gewährleisten sei. Aber noch ist diese Regelung rein theoretisch.

BM Krämer sieht aktuell für die Allianz Fränkischer Süden keinen Handlungsbedarf.

Infoveranstaltung Riedenheim – Ergebnisse

Herr Grimm fragt BM Fries nach evtl. weiteren Entwicklungen für die Zukunft der Riedenheimer Grundschule. BM Fries erklärt, dass angeregt durch den Vortrag aus Stralsbach auch in Riedenheim über die Gründung eines Fördervereins nachgedacht wird, jedoch noch keine konkreten Visionen für eine weitere Nutzung entstanden sind.

Eine Überlegung sei die Einrichtung einer Zweigstelle der Sozialstation Aub. Hierzu müssten jedoch noch weitere Gespräche geführt werden.

Abschlussvermerk

Soweit nicht anders vermerkt, wurden Einsprüche nicht erhoben und die Beschlüsse einstimmig gefasst. Während der ganzen Dauer der öffentlichen Sitzung war das Gremium ununterbrochen beschlussfähig. Die öffentliche Sitzung wurde durch den Vorsitzenden ordnungsgemäß geschlossen. Im Anschluss daran fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Für die Richtigkeit:

Helmut Krämer
Allianzsprecher

Sebastian Grimm
Schriftführer